

## Jahrgang 72, 2023, Heft 3 – Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| <b>EDITORIAL</b> .....  | 259 |
| <b>ONLINE ARCHIV</b>  |     |
| Energie/Energiewende .....  | 262 |
| <b>MEINUNG</b>  |     |
| <i>Albert Funk</i>  |     |
| Uneindeutig, halbherzig und verwirrend.<br>Warum das Wahlgesetz der Ampel-Koalition kein Fortschritt ist .....  | 263 |
| <b>INTERVIEW</b>  |     |
| mit <i>Andrea Szukala</i> und <i>Alexander Wobning</i> :  |     |
| Der Entwurf des Demokratiefördergesetzes –<br>Chancen und Herausforderungen für die politische Bildung .....  | 269 |
| <b>WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE</b>  |     |
| <i>Jens van Scherpenberg</i>  |     |
| „Kanonen statt Butter“?<br>Öffentliche Haushalte und die neue Aufrüstung .....  | 275 |
| <b>FORSCHUNG</b>  |     |
| <i>Externe Quellen</i> : Neue Studien zu Fragen der Gesellschaft .....  | 285 |
| <b>FACHAUFSÄTZE</b>   |     |
| <i>Günther Grunert</i>  |     |
| Warum es immer wieder zu Banken- und Finanzkrisen kommt .....   | 291 |
| <i>Kai E. Schubert</i>  |     |
| Aktueller Antisemitismus: Ein „Jugendproblem“? Empirische Befunde .....   | 304 |
| <i>Lars Holtkamp</i> und <i>Benjamin Garske</i>   |     |
| Kommunale Demokratien im Praxistest. Ein Überblick über konfligierende<br>Demokratieformen und Blockadegefahren in deutschen Kommunen .....                       | 316 |
| <i>Sven Bernhard Gareis</i>   |     |
| Vom „Feindstaat“ zum Pfeiler der Vereinten Nationen:<br>50 Jahre nach seinem Beitritt setzt sich Deutschland weiter für eine starke<br>Weltorganisation ein ..... | 327 |

**ESSAY**

*Patrick Bredl*

Adorno und seine Relevanz für die Politische Bildung ..... 341

**KONTROVERS DOKUMENTIERT**

*Edmund Budrich*

„Keinen Meter mehr!“ Leverkusen kämpft gegen die Stelzenautobahn  
Verkehrspolitik und Lebensqualität ..... 351

**DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN**

*Johannes Jöbncck*

Über Sinn und Grenzen von Rollenspielen in einer inklusionsorientierten  
historisch-politischen Bildung – am Beispiel „Rosa Parks“ – Teil 2 ..... 361

*Sibylle Reinhardt*

Die deliberative Demokratietheorie von Jürgen Habermas: ist sie für die  
Fachdidaktik hilfreich?..... 373

**DAS BESONDERE BUCH**

*Manfred G. Schmidt*

Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Über Armin Schäfer und  
Michael Zürn : Die demokratische Regression..... 381

**REZENSIONEN**

*Tonio Oeftering*

Gantschow, Alexander/Meyer-Heidemann, Christian (Hg.): Bürgerbildung und  
Freiheitsordnung. Politische Bildung als republikorientierte Praxis ..... 387

*Sibylle Reinhardt*

Michael May/Marc Partetzke: Einführung in die Politikdidaktik, Band 1 ..... 388

Autorinnen und Autoren ..... 389

# Uneindeutig, halbherzig und verwirrend. Warum das Wahlgesetz der Ampel-Koalition kein Fortschritt ist

*Albert Funk*

Die Reform des Wahlrechts für den Bundestag ist eine Geschichte in Fortsetzungen. Ein Ende der jahrelangen Dauerbeschäftigung des Parlaments mit sich selbst und seinem Zustandekommen ist nicht abzusehen. Denn das im vorigen März beschlossene Wahlgesetz der Ampel-Koalition dürfte sich als weitere Zwischenstation erweisen, weil Union und Linke es in Karlsruhe prüfen lassen.

Seit das Bundesverfassungsgericht das geltende Recht im Jahr 2008 für verfassungswidrig erklärt hat – der Grund war das Phänomen des negativen Stimmgewichts im Zusammenhang mit den Überhangmandaten – ist das Wahlrecht vier Mal geändert worden. Die fünfte Reform wird wohl kommen, wenn die Union wieder an der Regierung beteiligt ist. Und dann sie sechste, nach dem nächsten Regierungswechsel, und eine siebte nach dem nächsten Urteil aus Karlsruhe?

Man kann es eine Posse nennen, was seit Jahren beim Wahlrecht passiert, oder ein Trauerspiel. Oder ist es Zeichen einer zwar eigenwilligen, aber doch lebendigen Parlamentsdemokratie, wenn munter vor sich hin reformiert wird? Wie auch immer: Mit jeder Wahlrechtsänderung wurde die nächste Reform schon auf den Weg gebracht – und stets waren die Karlsruher Richter mit im Spiel. Der Grund dafür ist die Verweigerung der Erkenntnis, dass das seit 1949 praktizierte System der Verbindung von Mehrheits- und Verhältniswahl unter den Bedingungen des aktuellen Parteiensystems nicht mehr richtig funktioniert.

Es sind vor allem die Überhangmandate, die seit 2008 immer wieder den Reformbedarf bewirkt haben. Überhänge ergeben sich bekanntlich, wenn eine Partei in einem



**Albert Funk**

Korrespondent im Hauptstadtbüro des Tagesspiegels in Berlin und Historiker („Kleine Geschichte des Föderalismus“, 2010 erschienen).

Credits Autorenfoto: Tagesspiegel/Nassim Rad

# Der Entwurf des Demokratiefördergesetzes – Chancen und Herausforderungen für die Politische Bildung

Fragen an *Alexander Wohnig* und *Andrea Szukala*

*Im Dezember 2022 ist ein konkreter Entwurf zum Demokratiefördergesetz von der Bundesregierung veröffentlicht worden. Seitdem wird die vorliegende Ausgestaltung vonseiten der Politischen Bildung kontrovers diskutiert. Wir führen ein Interview mit den Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) Professorin Andrea Szukala (Universität Augsburg) und Juniorprofessor Alexander Wohnig (Universität Siegen) über diesen Gesetzesentwurf und die Chancen, Risiken und Herausforderungen, die damit für die Politische Bildung verbunden sind.*

*GWP: Liebe Professorin Szukala, lieber Professor Wohnig, wie nehmen Sie den aktuellen Diskurs um den Gesetzesentwurf des Demokratiefördergesetzes wahr?*

Was uns sorgt, ist eine grundlegende Politisierung des Feldes. Diese sehen wir auch als die eigentliche Ursache der Verzögerungen des Prozesses um das Demokratiefördergesetz. Zuletzt finden sich auch Kulturkrieg-Narrative in den Medien wieder, wenn es um die politische Bildung geht. Wir hoffen inständig und arbeiten dafür, dass sich die Situation an der Stelle etwas beruhigt und der Konsens der Demokrat:innen, dass es eine starke politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland geben muss, wieder stärker in den Blick genommen wird. Ansonsten verfügt ja das Feld selbst über eigene Methoden und Prinzipien, die seit Langem diskutiert werden.

*GWP: Wie hätte der Prozess besser gestaltet werden können?*

Es wäre für den gesamten Prozess hilfreich (gewesen), wenn die Profession der politischen Bildung und die aus ihr heraus erarbeiteten Standards frühzeitig gehört und in



**Prof. Dr. Alexander Wohnig**

Juniorprofessor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Siegen, Erster Vorsitzender der DVPB



**Professorin Dr. Andrea Szukala**

Professorin für Politische Bildung und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg, Stv. Vorsitzende der DVPB.

# „Kanonen statt Butter“? Öffentliche Haushalte und die neue Aufrüstung

Jens van Scherpenberg

Die Ankündigung des Bundeskanzlers, mit der „Zeitenwende“ von bislang niedrigen Militärbudgets hin zu einer neuen massiven Aufrüstung nicht nur ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro (in Gestalt zusätzlicher Bundesschulden) für die beschleunigte Verstärkung der Bundeswehr bereitzustellen, sondern auch den jährlichen Verteidigungshaushalt auf „mindestens 2 Prozent des BIP“ zu erhöhen – das heißt in absoluten Zahlen nahezu zu verdoppeln –, hat für die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik völlig neue Rahmenbedingungen geschaffen. Und das in einer Situation, da die Staatsverschuldung durch die Bewältigung der Coronakrise ohnehin bereits enorm ausgeweitet wurde und die damit einhergehende Aufblähung der Geldmenge zu seit langem nicht mehr gewohnten hohen Preissteigerungsraten geführt hat. Aber damit steht Deutschland nicht allein. Die selbstgewollte Notwendigkeit, durch massive Aufrüstung das eigene Gewicht in EU und NATO zu erhalten, ja zu steigern, führt zu einem Wettrennen der großen europäischen Mächte, bei dem sich Polen besonders hervortut. So kommen im Zielkonflikt zwischen den finanziel-

len Anforderungen der Aufrüstung und der Notwendigkeit, die Haushaltsdefizite abzubauen, auf die Bevölkerung mehrerer europäischer Staaten unweigerlich schmerzhaft Konsequenzen zu.

## Die Ausgangslage: Deutschland fällt wirtschaftlich zurück

Als die Bundeskanzlerin Angela Merkel während der internationalen Finanzkrise von 2008/9 zuversichtlich ankündigte, Deutschland werde aus dieser Krise gestärkt hervorgehen, mochte ihr das zunächst kaum jemand glauben. Aber die folgenden Jahre, als die Bundesrepublik während und nach der Euro-Staatsschuldenkrise sowohl wirtschaftlich wie politisch zur unbestrittenen Führungsnation Europas wurde, bestätigten diese kühne Ankündigung. Die wachsende Nachfrage aufstrebender Industrienationen wie der VR China nach Industriegütern konnte von der deutschen Industrie vorrangig bedient werden, nicht zuletzt, weil ihr billige Energieimporte aus Russland und stagnierende Löhne zu überlegen hoher Wettbe-



**Dr. Jens van Scherpenberg**  
Geschwister-Scholl-Institut für  
Politikwissenschaft  
Ludwig-Maximilians-Universität München

# Neue Studien zu Fragen der Gesellschaft

## *Externe Quellen*

Drei neue Studien zu Fragen der Gesellschaft. Bis die analysierende und interpretierende Wissenschaft sich mit den Ergebnissen auseinandergesetzt hat, vergeht Zeit. Das bedeutet, dass auch GWP diese Zeit abwarten muss. Wir werden nach Möglichkeit ausführlicher und kritisch auf die Untersuchungen eingehen. Aber aufmerksam machen möchten wir Sie darauf schon jetzt. Die Mitteilungen der Forschungsinstitute (bzw. des BMI) werden hier nur angerissen. Die angegebenen Links führen auf den Fundort und dort auf die vollständigen Darstellungen.

### **I Muslimfeindlichkeit**

Ein Expertenbericht über antimuslimischen *Rassismus* in der Gesellschaft mit konkreten Handlungsempfehlungen. *Bundesinnenministerin Nancy Faeser dazu*: „Muslimisches Leben gehört selbstverständlich zu Deutschland. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer vielfältigen Gesellschaft die gleichen Chancen und Rechte haben. Umso bitterer sind die Befunde dieses ersten umfassenden Berichts zur Muslimfeindlichkeit in Deutschland ...“

### **II Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland**

Die Wahl- und Umfrageerfolge der AfD – besonders in den neuen Bundesländern – auf Wählerprotest zurückzuführen, greift zu kurz. Es gibt grundlegende Einstellungen und Tendenzen, die nicht zuletzt Unzufriedenheit mit der Demokratie bedeuten. Ergebnisse einer Studie des *Research Centre Global Dynamics* der Leipziger Universität in Kooperation mit dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

# Warum es immer wieder zu Banken- und Finanzkrisen kommt

*Günther Grunert*

## Zusammenfassung

Warum es immer wieder zu Banken- und Finanzkrisen kommt

Mainstream-Ökonomen haben sich mit Banken- und Finanzkrisen immer schwergetan. Von der letzten großen Finanzkrise 2008 wurden sie komplett überrascht: Niemand hatte die Krise auf Basis des dominierenden neoklassischen Modells vorausgesagt. Das verwundert nicht: Banken galten in der traditionellen Ökonomik lange als irrelevant und werden auch heute noch auf Grundlage einer überholten Intermediations-Theorie abgehandelt. Zur Erklärung von Finanzkrisen ist aber ein korrektes Verständnis der Funktionsweise von Banken und der Geldentstehung in modernen Volkswirtschaften essenziell.

Lange Zeit war es hierzulande um das Thema Banken- und Finanzkrisen relativ still geworden. Die globale Finanzkrise von 2008 lag weit zurück und die Erinnerungen etwa an den Bankrott der US-Investmentbank Lehman Brothers, der das Weltfinanzsystem an den Rand des Abgrunds gebracht hatte, waren verblasst. Mit der Pleite der Silicon Valley Bank und der Signature Bank, der Zwangsfusion der Credit Suisse mit der UBS und dem Notverkauf der First Republic Bank an JP Morgan änderte sich dies schlagartig – nun grassierten auf einmal wieder Ängste vor einer neuen Bankenkrise.

## Ein Blick zurück

Wie aber kommt es zu immer wiederkehrenden Banken- und Finanzkrisen? Die vielleicht beste und umfassendste Untersuchung dazu hat vor wenigen Jahren Richard



**Dr. Günther Grunert**, Studienrat i.R.,  
Berufsbildende Schulen der Stadt Osnabrück am Pottgraben (bis 2020), Osnabrück

Vague (2019) vorgelegt, der alle großen Finanzkrisen der letzten zweihundert Jahre analysiert hat – in erster Linie in den USA, aber auch in Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Japan und China. Diese Länder waren in dieser Zeitspanne die sechs größten Volkswirtschaften der Welt – mit insgesamt etwa 50 Prozent oder mehr des weltweiten BIP. Tabelle 1, die der Studie Vagues entnommen ist, gibt einen Überblick über alle bedeutenden Finanzkrisen und die betroffenen Länder.

*Tabelle 1: Major Financial Crises*

|           | United States | United Kingdom | Germany | France | Japan | China |
|-----------|---------------|----------------|---------|--------|-------|-------|
| 1819      | •             |                |         |        |       |       |
| 1825      |               | •              |         |        |       |       |
| 1831      |               |                |         | •      |       |       |
| 1837      | •             | •              |         |        |       |       |
| 1847      |               | •              | •       | •      |       |       |
| 1857      | •             | •              | •       | •      |       |       |
| 1866      |               | •              |         | •      |       |       |
| 1873      | •             |                | •       | •      |       |       |
| 1882-1884 | •             |                |         |        | •     | •     |
| 1893      | •             |                |         |        |       |       |
| 1901      |               |                | •       |        |       |       |
| 1907      | •             |                | •       | •      | •     |       |
| 1910      |               |                |         |        |       | •     |
| 1914      | •             | •              |         |        |       |       |
| 1925      |               |                |         |        |       | •     |
| 1927-1931 | •             |                | •       | •      | •     |       |
| 1930s     |               |                |         |        |       | •     |
| 1987      | •             | •              |         |        |       |       |
| 1990s     |               |                |         |        | •     | •     |
| 2008      | •             | •              | •       | •      |       |       |

*Quelle:* Vague 2019: 6.

Nach Vague ging fast jeder Finanzkrise ein Kreditboom – also ein rasantes Wachstum der Kredite – voraus:

„Die private Verschuldung ist der Schlüssel und die Geschichte der Finanzkrisen ist im Grunde genommen eine Geschichte der privaten Verschuldung und der ausufernden Kreditvergabe. Es ist immer wieder eine Geschichte von Kreditvergabebooms, bei denen Banker und andere Kreditgeber viel zu viele faule Kredite gewähren“ (Vague 2019: 6f.; diese und alle folgenden Übersetzungen durch mich, G.G.).

Solche Booms gibt es – so Richard Vague – nicht nur bei Banken. Der anfängliche Boom bei der Kreditvergabe gehe oft von einer sekundären Art von Finanzinstituten mit weniger strenger Regulierung aus. So hätten beispielsweise Hypothekenbanken im Jahr 2008 eine überragende Rolle gespielt, Savings & Loan-Institute (Sparbanken) in den 1980er Jahren, Trust Companies im Jahr 1907 oder Baubanken im Jahr 1873 in Deutschland. Ein anderer Teil dieser Kreditvergabe finde ganz außerhalb des regulierten Bankensystems statt, in einem Bereich, der oft als „Schattenbankwesen“ bezeichnet werde.

Tatsächlich hat die Bedeutung des Schattenbankwesens in den letzten zwanzig Jahren stark zugenommen. Als Schattenbanken werden diejenigen Akteure und Aktivitäten auf den Finanzmärkten bezeichnet, die nicht wie Banken reguliert und beauf-

# Aktueller Antisemitismus: Ein „Jugendproblem“? Empirische Befunde

Kai E. Schubert

## Zusammenfassung:

Als Träger antisemitischer Haltungen erscheinen in aktuellen Debatten vor allem Jugendliche. Empirische Befunde der Einstellungsforschung stehen dem jedoch entgegen. Pauschale Markierungen als antisemitisch sind daher weder angebracht noch pädagogisch sinnvoll.

## 1. Einleitung

Antisemitismus wird seit einigen Jahren verstärkt als aktuelles Problem diskutiert (vgl. Bundesministerium des Innern 2017). Dazu haben wissenschaftliche Studien, etwa über Antisemitismus an Schulen, beigetragen (vgl. Bernstein 2020). Eine typische Reaktion sowohl auf antisemitische Vorfälle als auch auf Studienergebnisse ist es, mehr und bessere Aufklärung über Antisemitismus bzw. Jüdinnen\*Juden und den Staat Israel zu fordern. Eine besondere Verantwortung wird dabei den Schulen zugeschrieben. In der Praxis wird Antisemitismus an der Schule häufig mit Antisemitismus *von Schüler\*innen* gleichgesetzt – und diesen z.T. allgemein zugeschrieben. Expert\*innen mit langjähriger Praxiserfahrung im Bereich der pädagogischen Bearbeitung von Antisemitismus berichten, dass „viele Lehrkräfte es so darstellen, als ginge die Israelfeindschaft ausschließlich von einzelnen Schüler\*innen aus“ (Kistenmacher 2023 i.E.). Befragungen von Lehrer\*innen kommen zu Ergebnissen wie diesen: „Die meisten Lehrkräfte sahen bei der Schülerschaft allgemein eine grundsätzlich negative Haltung ge-



**Kai E. Schubert,**

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für antisemitismuskritische Bildung  
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

genüber Jüd\*innen verbreitet, die sich in den letzten Jahren zudem quantitativ und qualitativ verschärft habe“ (Becker 2020, 61).

Maßnahmen gegen Antisemitismus, die Jugendliche adressieren und Diagnosen, die ihr Verhalten problematisieren, haben in der Debatte also einen hohen Stellenwert. Ersteres ist auch nicht verwunderlich, sind Jugendliche durch die allgemeine Schulpflicht doch einerseits allgemein durch Bildungsmaßnahmen adressierbar, andererseits – so die Hoffnung – am ehesten ansprechbar für diese, da sich mögliche ablehnende Haltungen gegenüber Jüdinnen\*Juden idealerweise noch nicht im biographischen Verlauf zu einem geschlossenen Feind- oder gar antisemitischen Weltbild verfestigt haben.

Auch gesellschaftliche Diskurse verweisen regelmäßig auf die Jugend: Nach 2015 wurden Spekulationen bzgl. eines durch (insbesondere junge männliche) Geflüchtete „importierten“ Antisemitismus angestellt. Bereits in den 2000er Jahren rückten (v.a. als migrantisch/muslimisch wahrgenommene) Jugendliche in den Fokus der Debatten um einen (auch internationalen) „neuen Antisemitismus“ während der zweiten palästinensischen „Intifada“ gegen Israel. Regelmäßig wird auch die Einschätzung geäußert, Jugendliche hätten kaum Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus und würden eine Auseinandersetzung mit dieser abwehren, was sie ebenfalls anfällig für Antisemitismus mache. Hierfür steht exemplarisch ein jüngerer Zeitungskommentar: „Dass gerade die junge Generation dazu beiträgt, den Holocaust zu verharmlosen, ist beschämend (...) Die Debatte um Pflichtbesuche für Schüler in KZ-Gedenkstätten muss konsequenter geführt werden“ (Reuß 2019). Dies wird auch vor dem Hintergrund einer heterogener werdenden Schüler\*innenschaft behauptet, von der angenommen wird, dass ihr „Migrationshintergrund“ einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entgegenstehe (vgl. Becker 2020; Fava 2015). Einschlägige innovative pädagogische Modellprojekte haben direkt oder indirekt in aller Regel (z.T. wegen förderrechtlicher Beschränkungen) das Ziel, antisemitische Einstellungen von Jugendlichen zu bearbeiten oder zu verhindern.

Demgegenüber stehen Albert Scherr und Barbara Schäuble, die vor längerer Zeit feststellten, Antisemitismus sei „keineswegs als ein jugendspezifisches Problem oder als ein Problem zu interpretieren (...), das bei Jugendlichen verstärkt auftritt“ (Scherr/Schäuble 2006, 20). Unklar ist, ob dies heute noch Gültigkeit beanspruchen kann. *Der vorliegende Artikel soll daher der Frage nachgehen, ob unter Jugendlichen im Vergleich zu Erwachsenen Antisemitismus weiterverbreitet ist.*

In der einschlägigen Literatur werden aufgrund der Ausdifferenzierung des Lebensabschnitts „Jugend“ teilweise Personen ab 12 Jahren (ungefährer Beginn der Pubertät) und bis zum Alter von 30 Jahren berücksichtigt. Die Jugendforschung hat sich von einer Beschränkung ihres Fokuses auf starre Altersgrenzen gelöst, da sich in den letzten Jahrzehnten traditionell mit der Jugend verbundene Verhaltensformen einerseits biographisch vorverlagert haben, andererseits auch die Lebensphase nach dem Schulabschluss heute häufig noch Jugendmerkmale aufweist (Münchmeier 2011, 26). An dieser Stelle sind insbesondere Personen im regulären Schulalter (Sek. I und II), also bis ca. 18 Jahre von Interesse, die unzweifelhaft zur Jugend gezählt werden können.

# Kommunale Demokratien im Praxistest

## Ein Überblick über konfligierende Demokratieformen und Blockadegefahren in deutschen Kommunen

*Lars Holtkamp und Benjamin Garske*

### Zusammenfassung

Bürger verfügen heute über eine relevante Position im kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Die unterschiedlichen Demokratieformen sind nicht voraussetzungslos bzw. beliebig miteinander kombinierbar, ohne dass Vetopositionen oder Blockadegefahren entstehen können. Die Mitwirkung ist nicht immer effizient. Entlang lokaler Fallbeispiele wird dies unter Einbezug der Dimensionen der Verhandlungsdemokratie herausgearbeitet.

### Problemaufriss

Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Herrschaftsformen und gelebte politische Praxis vor Ort sind im Zusammenspiel aus repräsentativer, direkter oder kooperativer Demokratie vielgestaltig. In der repräsentativen Demokratie gehen politische Entscheidungen nicht wie in der direkten (sachunmittelbaren) Demokratie beispielsweise durch Referenden unmittelbar vom Volke aus, sondern durch Mehrheitsentscheide gewählter Repräsentanten in den Volksvertretungen. Die kooperative Demokratie meint hingegen den systematischen Einbezug von Bürgern in die Politik bzw. in die städtische Leistungserbringung.

Im Zeitverlauf etablierten sich im Zusammenspiel neue Formen der Mitwirkung/-gestaltung und Teilhabe. Zugleich haben Bürger in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen heute eine deutlich stärkere Position inne. Mit Einführung der Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters und Hinwendung zu direktdemokratischen Politikentscheidungen über die Partizipationsinstrumente Bürgerbegehren bzw. -entschei-



**Prof. Dr. Lars Holtkamp**

Professor für Politik und Verwaltung, Institut für Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen

**Benjamin Garske M.A.,**

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FernUniversität Hagen, Institut für Politikwissenschaft



de wird (kommunalverfassungsrechtlich) bundesweit mittlerweile überwiegend der baden-württembergischen Kommunalverfassung (süddeutsche Ratsverfassung) gefolgt. Über bestimmte wichtige kommunale Angelegenheiten kann anstelle der Kommunalvertretung unmittelbar entschieden werden.

Zugleich sind die Beteiligungsmöglichkeiten und Mitgestalter/-ungsrollen im Zeitverlauf um verschiedene Elemente der kooperativen Demokratie ergänzt worden. Zu nennen wären beispielsweise dialogisch orientierte (Bürger-/Planungs-)Foren, Zukunftswerkstätten in Planungs- und Entscheidungsprozessen, Mediationsverfahren in (Standort-)Konflikten oder Runde Tische im Zuge der Lokalen Agenda, der Kriminalprävention oder des Städtebauprogramms Soziale Stadt.

Umstritten ist, inwieweit die unterschiedlichen Demokratieformen/-typen miteinander kombiniert werden können. Inwieweit passt also die repräsentative Demokratie mit der direkten oder kooperativen Demokratie zusammen?

Die Beantwortung der Frage ist nicht leicht. Einerseits wurde prognostiziert, dass die Elemente der direkten und kooperativen Demokratie gut zu denen der repräsentativen Demokratie passen, beide Formen die repräsentative Demokratie bereichern (Kersting 2004) bzw. positiv beeinflussen (Geißel et al. 2014: 492). Der Kombination wird gelegentlich eine gute Output-Legitimation (»Herrschaft für das Volk« vgl. Scharpf 1999: 21), sprich eine höhere Nützlichkeit und Leistungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems bzw. seiner Entscheidungsproduktion zugesprochen (Kersting 2004, zu Legitimation von Verwaltungshandeln vgl. Bogumil/Kuhlmann 2015). Partizipation rechne sich unter ökonomischen Effizienzgesichtspunkten. Denn die Nichtbeteiligung von Partikularinteressen provoziere Proteste und Klagen, zudem werde die Wirtschaft abgeschreckt, was Städten teuer zu stehen komme (Kersting 2004: 249).

Andererseits kann diese (implizite) Qualitätszuordnung nicht ausnahmslos geteilt werden. Weit mehr zeichnen eigene Forschungsarbeiten unter Einbezug diverser Fallstudien schnell ein anderes Bild: Unterschiedliche Elemente sind auf lokaler Ebene eben nicht voraussetzungslos und beliebig miteinander kombinierbar, ohne dass sich rasch (neue) Vetopositionen herausbilden oder Blockaden drohen. Kooperation ist auch kein Allheilmittel.

All das ist Thema des vorliegenden Textes. Die zahlreichen (empirischen) Erkenntnisse zu kommunalen Entscheidungsstrukturen werden vorweg systematisiert – ohne die mittlerweile hohe Zahl an Untersuchungen detailreich zu zitieren (vgl. zu Literaturangaben Holtkamp 2017; Holtkamp/Garske 2022; Bogumil/Holtkamp 2023). Wir bereiten so das Feld vor, auf dem die Akteure der lokalen Arena mit voneinander abweichenden Interessen positioniert werden können. Was unterscheidet sie? Was provoziert Vetopositionen und was provoziert Blockaden?

Daneben werden die verschiedenen Erklärungsmodelle zusammengeführt, die »die charakteristische Logik empirisch beobachteter politischer Interaktion in realen institutionellen Kontexten« (Scharpf 2000: 68) einzufangen versuchen. Das Ergebnis unserer Überlegungen eignet sich für spätere, systematische Vergleiche von Kommunen, Vetopositionen oder Implementationsproblemen. Auch stärkt es das Verständnis über die Zusammenhänge einer komplexen, vielfältigen kommunalen Welt, deren Entscheidungskompetenz und Bedeutung immens ist.

# Vom „Feindstaat“ zum Pfeiler der Vereinten Nationen: 50 Jahre nach seinem Beitritt setzt sich Deutschland weiter für eine starke Weltorganisation ein

*Sven Bernhard Gareis*

## **Zusammenfassung**

Am 18. September 1973 traten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR den Vereinten Nationen (VN) bei. Bereits zuvor konnte sich die Bundesrepublik schon zwanzig Jahre als „aktives Nichtmitglied“ hohes Ansehen als verlässliche Partnerin in der weltweiten multilateralen Zusammenarbeit erarbeiten. Nach der Wiedervereinigung setzte Deutschland diese Politik des umfassenden Engagements fast nahtlos fort. Das 50. Jubiläum seines VN-Beitritts ist daher ein guter Anlass, anhand ausgewählter Politikfelder Deutschlands Beitrag zu den VN zu untersuchen und zu diskutieren, inwieweit das Land seinen selbstgestellten Ansprüchen gerecht wurde – und weiterhin werden will. Dies soll nach einem kurzen Rückblick auf das VN-Engagement beider deutscher Staaten vor und nach ihrem Beitritt unternommen werden.

Schließlich ging alles dann sehr schnell: Kurz nachdem die 28. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) in ihrer konstituierenden Sitzung am 18. September 1973 mit Resolution 3050 (XXVIII) die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hatte, lud VN-Generalsekretär Kurt Waldheim zu einer kleinen Zeremonie. In Anwesenheit von Bundesaußenminister Walter Scheel und seinem Ost-Berliner Kollegen Otto Winzer wurden am Hauptsitz der Weltorganisation erstmals die Flaggen der beiden deutschen Staaten gehisst. 28 Jahre nach Gründung der VN in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges war der letzte der „Feindstaaten“, gegen welche die Organisation gegründet wurde, in zweifacher Gestalt angekommen im Kreis der „friedliebenden Staaten, welche die Verpflichtungen aus dieser Charta zu übernehmen“ (Artikel 4 VN-Charta).



**Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis**

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Münster. Seit März 2023 ist er Mitglied des VN-politischen Beirates des Auswärtigen Amtes.

Anders als bei den übrigen „Feindstaaten“, die wie Bulgarien, Japan oder Rumänien bis 1955 alle Mitglieder der VN geworden waren, stand einer Aufnahme Deutschlands dessen Teilung entgegen. Die Bundesrepublik wollte eine Aufwertung der DDR zu einem international anerkannten Staat verhindern, ihr alleiniger Beitritt scheiterte am Widerstand der Sowjetunion im Sicherheitsrat.

Die fehlende Mitgliedschaft stellte für die Bundesrepublik indes kein Hindernis dar, sich bereits sehr früh im multilateralen Kooperationsrahmen der VN zu engagieren. Binnen kurzem gehörte sie praktisch allen Sonder- und Unterorganisationen an und konnte sich als wirtschafts- und finanzstarkes sowie vor allem auch entwicklungspolitisch sehr aktives Nichtmitglied rasch eine hohe internationale Wertschätzung erwerben. Daran konnte – und wollte – die DDR auch nach dem gemeinsamen VN-Beitritt nicht anknüpfen (vgl. Bruns 1978).

Schon vor seiner Wiedervereinigung 1990 war (West)Deutschland also ein Pfeiler der Weltorganisation und blieb dies seither: Seit langem ist Deutschland einer der größten Geldgeber sowie eine auf vielen Politikfeldern engagierte Nation. Als Sitzstaat beherbergt es mehr als dreißig VN-Organe, davon neunzehn auf dem VN-Campus in Bonn. Deutschland zählt zu den Ländern, die in der seit Mitte der 1990er Jahre laufenden Diskussion über die VN-Reform immer wieder als Kandidaten für einen Ständigen Sitz in einem reformierten VN-Sicherheitsrat gehandelt werden. Der Zuspruch, den Deutschland in dieser Debatte erhält, und die guten Ergebnisse bei Wahlen für nichtständige Sitze im Sicherheitsrat sowie zu anderen Gremien belegen seine hohe Wertschätzung in den VN. Die Vereinten Nationen sind bei ihren Bemühungen um internationale Kooperation für Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung mehr denn je auf einflussreiche Staaten wie Deutschland angewiesen – wie auch Deutschland umgekehrt ein hohes Interesse an einer funktionierenden Weltorganisation hat.

2023 steckt die Organisation jedoch in einer bereits Jahre andauernden, tiefen Krise, die geprägt ist durch vielfältige globale Herausforderungen wie die Kriege in der Ukraine, Syrien, Jemen oder Sudan, Klimawandel, die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie, Entwicklungsdisparitäten sowie beispiellosen Flucht- und Migrationsbewegungen bei gleichzeitig schwindender Kooperationsbereitschaft unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates und der Staatenwelt insgesamt.

Seit seiner Wiedervereinigung hat Deutschland stets betont, die Bemühungen der VN um einen effektiven Multilateralismus aktiv zu unterstützen (siehe Auswärtiges Amt 1998; Knapp 2003). In seiner Rede vor der 77. Generalversammlung im September 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz dieses Versprechen vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine nochmals unterstrichen und weiteres deutsches Engagement zugesagt (siehe Bundesregierung 2022).

Das 50. Jubiläum seines VN-Beitritts ist daher ein guter Anlass, anhand ausgewählter Politikfelder Deutschlands Beitrag zu den VN zu untersuchen und zu diskutieren, inwieweit das Land seinen selbstgestellten Ansprüchen bislang gerecht wurde – und weiterhin werden will. Dies soll nach einem kurzen Rückblick auf das VN-Engagement von Bundesrepublik und DDR vor und nach ihrem Beitritt unternommen werden.

# Adorno und seine Relevanz für die Politische Bildung

*Patrick Bredl*

## Einleitung

Betrachtet man die Veröffentlichungen und Bezugnahmen in den letzten 20 Jahren, lässt sich feststellen, dass die Kritische Theorie der sogenannten „Frankfurter Schule“ die Politische Bildung nachhaltig geprägt hat. Wie bereits vor 50 Jahren beziehen sich auch heutzutage viele Autor\*innen der „kritischen politischen Bildung“ auf Theodor W. Adorno, der in den 1960er Jahren zu einem der wichtigsten Intellektuellen der jungen Bundesrepublik wurde. Neben seinen soziologischen, philosophischen und musiktheoretischen Schriften war er als pointiert formulierender Aufklärer in der Öffentlichkeit präsent (vgl. Schweppenhäuser 2017, 17). In der Pädagogik steht sein Denken deutlich für die Traditionslinie von Aufklärung, Mündigkeit und Kritik.

Die anhaltende Zuwendung der Pädagogik und sozialwissenschaftlichen Fachdidaktiken zur Kritischen Theorie Adornos ist jedoch durch eine Mischung aus Attraktion und Distanz gekennzeichnet (vgl. Gruschka 1996, 795). Ein Grund dafür könnte in Adornos dialektischem Denken liegen. Angesichts der Schrecken des Faschismus stellt er das Programm der Aufklärung radikal in Frage. Mit seiner kritischen und negativen Grundhaltung gegenüber Erziehung und Pädagogik führt er an die Grenzen pädagogischer Möglichkeiten heran und analysiert zugleich ihr notwendiges Scheitern (vgl. Schäfer 2017, 35ff., Meseth 2000, 22). Faszinierend wirkt Adorno dann aber, wenn er trotz aller Kritik am Versprechen der klassischen (neuhumanistischen) Bildungstheorie festhält (vgl. Schäfer 2017, 36f.). Dies erklärt auch das Missverhältnis zwischen der Quantität und Qualität der Bezugnahme auf Adornos Ideen. Oftmals beschränkt sich die Auseinandersetzung lediglich auf punktuelle und unreflektierte



**M.A. Patrick Bredl**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Übernahmen einzelner Kategorien, Sätze und Analyseelemente (vgl. Claußen 1985, 11).

Adornos konkrete Ausführungen zu pädagogischen Fragen sollten aber nicht als Versehen oder „Gelegenheitsarbeiten“ abgetan werden, wie es in vielen kritischen Rezensionen geschieht (vgl. Gruschka 2013, 13). Vielmehr ist Ahlheim zuzustimmen, der einen deutlichen edukativen Grundzug in Adornos Werken betont (2010, 38ff.) Adorno hat sich bewusst mit Fragen der Erziehung und Bildung auseinandergesetzt und diese nicht zufällig behandelt. Im Gegenteil: Bildung und Erziehung sind für ihn von zentraler Bedeutung.

Im Folgenden werde ich untersuchen, welche Bedeutung die Politische Bildung in Adornos Denken hat und ob diesem Denken Aktualität zugesprochen werden kann. Dabei soll weder eine philologische Exegese seiner Schriften vorgenommen werden, noch wird versucht, seine Wirkungsgeschichte auf die Politische Bildung umfassend zu analysieren. Der Beitrag versucht Adornos (politische) Bildung von mehreren Seiten zu beleuchten: Aus Perspektive der von ihm entfaltenen Kritik, einer potenziellen Aufklärungsarbeit und mit Blick auf das Subjekt. Nicht nur in seinem dialektischen Begriff von Mündigkeit, auch in seinem soziologischen Verständnis einer Politischen Bildung lassen sich dabei fruchtbare Anknüpfungspunkte finden. Anschließend soll diskutiert werden, wie mit Adornos ungemütlicher Position in der Praxis der Politischen Bildung heutzutage umgegangen werden kann. Dazu wird mein Vorschlag die Begriffe Widerspruch und Widerstand in den Fokus rücken.

## Adornos Politische Bildung?

Die pädagogischen Fragestellungen und Probleme, mit denen sich Adorno in seinem Werk auseinandersetzt, ziehen sich durch sein gesamtes Schaffen und verdeutlichen ihre wesentliche Stellung. Adornos vielfältige Arbeiten, beginnend mit seinem ersten veröffentlichtem Aufsatz „Zur Psychologie des Verhältnisses von Lehrer und Schüler“ im Jahr 1919 als 16-jährigem Schüler, über seine Mitarbeit beim Forschungsprojekt zur „Authoritarian Personality“, seinen Essay zur „Theorie der Halbbildung“, seine musikpädagogischen Schriften bis hin zu dem posthum veröffentlichten und weit verbreiteten Sammelband „Erziehung zur Mündigkeit“, der einige seiner zahlreichen Radiogespräche und Vorträge bündelt, zeugen von einer vielschichtigen Auseinandersetzung mit pädagogischen Fragen und Problemen (vgl. Paffrath 1992, 15)

Darüber hinaus setzte sich Adorno aktiv für die Förderung empirischer Schul-, Erziehungs- und Bildungsforschung ein und legte besonderen Wert auf eine wissenschaftliche fundierte politische Bildung (vgl. Behrmann 2015; Paffrath 1992).<sup>1</sup> Er engagierte sich unter anderem in Berufungsverfahren für pädagogische Lehrstühle und übernahm die Leitung des Fachausschusses für Soziologie der Bildung und Erziehung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zwischen 1961 und 1968 (vgl. Paffrath 1992, 107ff.). Zusätzlich war er an der Gründung des Studienbüros für politische Bildung beteiligt, welches zum Beispiel Bildungsreisen in die USA organisierte. Nach Behrmann lässt sich die Bildungsgeschichte der jungen Bundesrepublik ohne Einbe-

# „Keinen Meter mehr!“ Leverkusen kämpft gegen die Stelzenautobahn

Verkehrspolitik und Lebensqualität

*Edmund Budrich*

## Der Rahmen

Durch die Stadt Leverkusen führt eine der wichtigsten Autobahnen Deutschlands. Seit Jahren ist das Verkehrsaufkommen höher als die Kapazität der Straße, so dass immer wieder Staus den Verkehr beeinträchtigen und hohe Kosten verursachen.

Im Zusammenhang mit dem erforderlichen Neubau der maroden Leverkusener Rheinbrücke plant nun die *Autobahn GmbH* des Bundes den Ausbau auch der durch Leverkusen führenden Autoroute, und zwar durch ihre Verbreiterung von drei auf vier, gar fünf Fahrspuren je Richtung, was insgesamt fast zu einer Verdoppelung führt.

Die Fahrbahn durch Leverkusen hat aber eine Besonderheit. Sie ist nicht nur eine plan auf dem Boden verlaufende Trasse, sondern sie wurde auf einer „Hochbahn“ verlegt, die wegen ihrer Bauweise „Stelze“ genannt wird.

Die geplante Verbreiterung würde bedeuten, dass diese gigantische Stelze mehr als einen Kilometer durch die Stadt liefe, dass Gebäude abgerissen und Straßen aufgehoben werden müssten. Es wären noch mehr Lärmbelastigungen als bisher und Gesundheitsgefährdungen durch Feinstaub und Stickoxyde zu befürchten.

Die Stadt Leverkusen und Bürger/innen wehren sich gegen diesen Plan und plädieren dafür, die Autobahn statt über die verbreiterte Stelze durch einen Tunnel zu führen. Dieser wäre allerdings teurer und benötigte eine längere Bauzeit.

Wir dokumentieren eine Reihe von Äußerungen der Beteiligten im Zeitablauf. Es ist eigentlich nur ein Dialog zwischen den Ebenen Bund (*Autobahn GmbH*) auf der einen und Kommune, nämlich der Stadt Leverkusen, auf der anderen (mit geringer Beteili-



**Edmund Budrich**  
GWP-Herausgeber

gung der Ebene Land NRW). Oder deutlicher formuliert: Es ist nicht einmal ein Dialog sondern das Reden der Stadt gegen eine Mauer.

Für die Stadt sprechen Politikerinnen und Politiker, Bürgerinnen und Bürger. Für den Bund spricht zunächst *Straßen.NRW*, die Landesbehörde, deren Arbeit aber auf dem Bundesverkehrswegeplan aufbaut, und ab 2021 die *Autobahn GmbH*, die vom Bund (Verkehrsministerium, Minister ab 2013 nacheinander Dobrindt und Scheuer, CSU, und seit 2021 Wissing, FDP) eigens für die Betreuung der Autobahnen gegründete Gesellschaft. Diese setzt die Vorarbeiten und Planungen von *Straßen.NRW* direkt fort. Und es sprechen Politiker.

Gegliedert ist der Bericht nach Jahren und den Akteuren (Bund bzw. Leverkusen).

## 2013

### Bund

*Problemlage:* Die Leverkusener Rheinbrücke

*Straßen.NRW* berichtet über notwendige Erneuerung der Leverkusener Brücke

Seit 2012 attestieren Fachleute der Brücke einen „kritischen Bauwerkzustand“: Mit Rissen in der Tragwerkskonstruktion waren erstmalig Schäden festgestellt worden, die kurzfristig dazu führen können, dass Stand- und Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben sind. Polizei und Straßenbauverwaltung reagierten sofort mit verschiedenen Maßnahmen wie Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Das allein reicht aber nicht: Gutachter empfahlen bereits vor vier Jahren den Neubau des Bauwerks - und zwar so schnell wie möglich. Auch die 2013 entdeckten Schäden in den Seilkammern, die von einer Spezialfirma überwacht werden, sind ein Anzeichen dafür, dass das Brückenbauwerk nicht mehr zu erhalten und der Neubau unabwendbar ist.

<https://www.autobahn.de/die-autobahn/projekte/detail/a-bei-lev-rheinbruecke-leverkusen>

### Leverkusen

*Beteiligung:* Die Stadt erwartet Probleme und will an den Planungen beteiligt werden

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Die Grünen, FDP und Die Unabhängigen an den Oberbürgermeister Buchhorn (CDU) der Stadt Leverkusen zur Tagesordnung des Rates am 18.2.2013:

Die Verwaltung stellt sicher, dass die Leverkusener Bürgerschaft bei Planungen – die die Großprojekte Verkehr (Umbau Leverkusener Kreuz, Erneuerung der Rheinbrücke, Sanierung/ggf. Neubau oder Untertunnelung der Stelzenautobahn) [...] – betreffen, in angemessener Form beteiligt und einbezogen wird. Hierzu prüft die Verwaltung geeignete Teilnahmeverfahren, insbesondere um eine größtmögliche Transparenz bei den Planungsschritten zu gewährleisten.

Begründung: Die Auswirkungen der Großprojekte in den Bereichen Verkehr und Schiene werden die gesamte Stadt vor große Herausforderungen stellen und während der Bauphasen über Jahre erhebliche Auswirkungen auf unsere Infrastruktur haben. Jede Leverkusenerin, jeder Leverkusener wird direkt oder indirekt betroffen sein. Es muss sichergestellt werden, dass alle gemeinsam an der bestmöglichen Lösung für unsere Stadt arbeiten. Dies kann nur durch den organisierten und kontinuierlichen Dialog mit allen Beteiligten erfolgen. Politik, Verwaltung und die Bevölkerung müssen bei diesen Großprojekten in Leverkusen geschlossen auftreten und gemeinsam handeln, um den zuständigen Institutionen auf Landes- und Bundesebene glaubhaft zu vermitteln, dass es bei der Bewältigung der Infrastrukturprobleme nicht ausschließlich um die Optimierung von Transitwegen geht, sondern auch um den Erhalt einer lebenswerten Stadt Leverkusen (...)

<https://www.leverkusen.com/newsbild/130215/Sondersitzung.pdf>

# Rollenspiele in einer inklusionsorientierten historisch-politischen Bildung. Sinn und Grenzen am Beispiel „Rosa Parks“

Teil 2

*Johannes Jöhnck*

### Zusammenfassung

Im vorliegenden, zweiteiligen Beitrag stellt der Autor ein andernorts eigens veröffentlichtes Rollenspiel didaktisch ausführlich auf den Prüfstand. Exemplarisch steht dieses für ein Bemühen um elementare, handlungsorientierte Zugänge zu fachlichen Gegenständen, mit dem jedoch fachwissenschaftliche und -didaktische wie speziell Ansprüche der Diversitätssensibilität aus den Augen verloren oder übergangen zu werden drohen.

Teil 1 dieses Beitrags erschien in der Ausgabe 2/2023 der GWP. Nach einer Einleitung (1) und knappen Darstellung des Inhalts ‚Rosa Parks‘ und seiner Relevanz für Schüler:innen (2) wurden darin das Rollenspiel Jöhnck (2022) zunächst detailliert in seiner Umsetzung beschrieben und bei der Entwicklung leitende didaktische Begründungen dargelegt (3).

Im hier vorliegenden Teil 2 werden schließlich ausgewählte Risiken, Herausforderungen und Problematiken dieses Rollenspiels kritisch beleuchtet (4), um dann auf Fragen nach didaktisch-methodischen Alternativen und deren Umsetzbarkeit im sonderpädagogischen Schwerpunkt Geistige Entwicklung (SGE) und anderswo zu sprechen zu kommen (5) sowie zum Schluss auf die Notwendigkeit von Rollenspielen und einer methodenkritischen Haltung einzugehen (6).



**Dr. Johannes Jöhnck**

Lehrer für sonderpädagogische Förderung mit den Fachrichtungen Geistige Entwicklung und Lernen sowie den Fächern Politik und Wirtschaft und Deutsch

#### 4. Risiken, Herausforderungen und Problematiken des Rollenspiels

Wenn Rollenspiele misslingen, kann dies vielfältige Ursachen haben. Bezogen auf die Durchführung des in Jöhnck (2022) veröffentlichten Rollenspiels zu Rosa Parks können als mögliche Ursache zunächst eine nicht sorgsame Vorbereitung und Einführung und eine unangemessene Begleitung des Rollenspiels durch die Lehrkraft erwogen werden, insbesondere eine fehlende Einplanung jenes ‚Einfrierens‘ der Situation (s. dazu Teil 1 dieses Beitrags). Aber auch unabhängig davon könnten bestimmte Schüler:innen oder ganze Lerngruppen entsprechende Rollen im Rollenspiel (zunächst) so umsetzen, dass die gewollte antirassistisch/rassismuskritisch-menschenrechtsorientierte Ausrichtung des Ganzen oder zumindest eine damit einhergehend hinreichende Ernsthaftigkeit (s. Teil 1) unterlaufen zu werden drohen. Ein entscheidender Aspekt sind also auch die *jeweiligen Lernvoraussetzungen in einer Lerngruppe*. Diese sind bei dem Inhalt ‚Rosa Parks‘ und der Umsetzung via Rollenspiel in besonderem Maße bedeutsam.

Für den denkbaren Fall etwa, dass *rechtsextrem orientierte Schüler:innen und solche mit entsprechenden Affinitäten und Tendenzen* zur Gruppe gehören, darf der Unterricht wohl auf keinen Fall wie dargestellt stattfinden, da hier – trotz oben erwähnten ‚Einfrierens‘ und ähnlichem – Entgleisungen des Rollenspiels Tür und Tor geöffnet wären.

Wie wäre es andererseits – eingedenk aller Notwendigkeit von Zuschreibungsreflexivität (vgl. Simon 2019: 221f.), der Gefahr des Otherings und ohne hiermit einzigartige Personen mit je individuellen Lebenswirklichkeiten auf ein (zugeschriebenes) Diversitätsmerkmal zu reduzieren – gerade für *Schwarze Schüler:innen* aus der Klassengemeinschaft (im SGE und anderswo), das Rollenspiel gemeinsam durchzuführen bzw. durchführen zu müssen? In welcher Rolle sollte man sich darin als (womöglich einzige/r) Schwarze/r Schüler:in beteiligen, wie und mit welchen Risiken verlief eine Klärung dessen? Wie fühlen sich Schwarze Schüler:innen je individuell ggf. dabei, was denken sie womöglich? Wie fühlen sich in einer solchen Situation aber auch Mitschüler:innen jeweils damit, das Rollenspiel gemeinsam umzusetzen? Im Spiegel dessen sollten zum einen allgemeine Hinweise zur Lernform des szenischen Spiels reflektiert werden, nach denen nach „Rollen- und Situationsvorgaben [zu suchen ist; J.J.], die den Teilnehmern *nicht zu nahe* [kurs. Herv. im Orig.] sind“ (Scheller 2002: 207). Zum anderen sollten hier Darstellungen von Positionen und Negativerfahrungen Schwarzer Schüler:innen im deutschen Schulsystem (z.B. Hasters 2022: 52ff., Ogette 2021: 107ff. und Sow 2018: u.a. 31, 152ff., 302ff.) rezipiert werden und daran anknüpfend hervorgehoben werden: Rassismus zum Gegenstand eines solchen Rollenspiels zu machen, kann Lernende, die von Rassismus im realen Leben betroffen sind, verstören und verletzen. Es können dabei Erinnerungen an bereits vorher schmerzvoll Erlebtes oder ggf. eine Retraumatisierung ausgelöst werden. Insbesondere ist zu beachten, dass ein Rollenspiel wie in Jöhnck (2022) speziell auf Schule bezogen nicht nur für sich allein, sondern auch mit anderen dort gemachten Negativerfahrungen zusammenwirken kann.<sup>1</sup>

Eine wie hier nun in ersten Ansätzen geleistete, problemorientierte, didaktische Reflexion wäre, hinzukommend zu einer stärker konkretisierenden Beschreibung der

# Die deliberative Demokratietheorie von Jürgen Habermas: ist sie für die Fachdidaktik hilfreich?

Sibylle Reinhardt

## 1. Politische Bildung ist Bildung für die Demokratie

Demokratie-Lernen ist das Ziel des Politik-Unterrichts und meint eine zweifache Perspektive: Der mündige Bürger und die mündige Bürgerin sind die Individuen im demokratischen System, das selbst wiederum der Demokratie-Kompetenzen seiner Mitglieder bedarf. Denn Demokratie ist kein durch Natur oder durch einen Gott gegebenes System. Böckenförde hat 1967 die große Aufgabe formuliert, die der demokratische Staat seinen Bürgern stellt: „*Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.*“ (Kursiv im Original.) (Böckenförde 1967/1976, 60, das sog. Böckenförde-Theorem)

Jürgen Habermas hat dies als „Achillesferse der Demokratie“ bezeichnet. „Eine Demokratie kann nicht stabiler sein als der gute Wille und die politische Vernunft ihrer Bürgerinnen.“ (2017, S. XII). Elementar sei die Erfahrung, „dass jede Generation wieder von vorne anfängt.“ (S. XI) Deshalb brauche die Demokratie politische Bildung, deren „vornehmste(r) Gegenstand die Demokratie sei, in der wir leben.“ (a.a.O.) (vgl. auch Reinhardt 2020)

Ein demokratisches politisches System zeichnet sich vor allen anderen Systemen durch die Gleichachtung und Gleichberechtigung seiner Staatsangehörigen aus. Alle haben formal das gleiche Recht auf Teilhabe an den – der Idee nach – gemeinsamen Beschlüssen. Diese Gleichheit ist am greifbarsten im Wahlrecht verkörpert: Alle haben eine und nur eine gleiche Stimme, mit der sie für sich sprechen. Dieses gleiche Recht auf Teilhabe bindet alle Bürger aneinander, weil sie dadurch voneinander abhängig sind. Sie tragen Verantwortung auch für den Zusammenhalt des Ganzen, weil Demokratie auch verspielt werden kann (vgl. Habermas 2022, 89).



**Prof. i.R. Dr. Sibylle Reinhardt**  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

# Die politischen Ursachen des autoritären Populismus

Über *Armin Schäfer* und *Michael Zürn*, *Die demokratische Regression*

*Manfred G. Schmidt*

I.

Hier ist ein aufsehenerregendes Buch anzuzeigen. „*Demokratische Regression*“ ist sein Titel. Geschrieben haben es zwei renommierte Fachleute der Demokratieforschung: Armin Schäfer, seit 2022 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mainz, zuvor in Münster, und Michael Zürn, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. Der Buchtitel hat es in sich. „*Demokratische Regression*“ signalisiert Rückbildung der Demokratie statt Vormarsch, Abschwung statt Aufschwung, Zurückfallen auf frühere Entwicklungsstufen, am Ende womöglich Autokratie an Stelle von Demokratie.

Die Verfasser der „*Demokratischen Regression*“ knüpfen an das mittlerweile beliebte Narrativ an, wonach die Demokratie gebrechlich geworden ist. Ihr Forschungsdesign ist allerdings umfassender als im Hauptstrom der Demokratie-Kritik. In ihm zählt der internationale Vergleich, nicht nur die Länder-Studie. In ihm kommt der Längsschnitt zum Zuge, nicht nur der Querschnitt. In ihm geht es um Beschreibung und Erklärung mit Hilfe einer Unmenge von Befragungsdaten und statistischen Indikatoren. Theorien spielen zudem eine tragende Rolle, insbesondere empirische Theorien mittlerer Reichweite. Dabei erweist sich das Zusammenspiel von Lehrgebäuden nationalstaatlicher (Prof. Schäfer) und internationaler Politik (Prof. Zürn) als besonders nützlich.

Schäfer und Zürn erörtern die „*Demokratische Regression*“ in zwei Zugriffen. Den Auftakt gibt ihre „Vermessung der Demokratie“ (S. 24) im Spiegel international vergleichender Indikatoren der Staatsverfassung. Die Vermessung soll klären, ob „demo-



**Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred G. Schmidt**

Professor für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Politische Wissenschaft

*Armin Schäfer* und *Michael Zürn*,  
*Die demokratische Regression* (2021)  
edition suhrkamp

Die demokratische  
Regression

Von Armin Schäfer  
und Michael Zürn  
edition suhrkamp  
SV